

Grömling, Michael; Bardt, Hubertus

Research Report

Bleiben Unternehmen auf den hohen Kosten sitzen? Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage zur Preisentwicklung in Deutschland

IW-Report, No. 36/2022

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Grömling, Michael; Bardt, Hubertus (2022) : Bleiben Unternehmen auf den hohen Kosten sitzen? Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage zur Preisentwicklung in Deutschland, IW-Report, No. 36/2022, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/260620>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Bleiben Unternehmen auf den hohen Kosten sitzen?

Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage zur Preisentwicklung in Deutschland

Michael Grömling / Hubertus Bardt

Köln, 17.06.2022

IW-Report 36/2022

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

Twitter

[@iw_koeln](https://twitter.com/iw_koeln)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](https://www.linkedin.com/company/institut-der-deutschen-wirtschaft)

Facebook

[@IWKoeln](https://www.facebook.com/IWKoeln)

Instagram

[@IW_Koeln](https://www.instagram.com/IW_Koeln)

Autoren

Prof. Dr. Michael Grömling

Leiter der Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur

groemling@iwkoeln.de

0221 – 4981-776

Prof. Dr. Hubertus Bardt

Geschäftsführer und Leiter Wissenschaft

bardt@iwkoeln.de

0221 – 4981-750

Alle Studien finden Sie unter

www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

Juni 2022

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Einordnung in den historischen Kontext	5
2 IW-Konjunkturumfrage als Datenbasis.....	9
3 Determinanten der aktuellen Preisentwicklung	10
4 Preistrends im Zeitvergleich	13
5 Einschätzung der Preisüberwälzungsspielräume	15
6 Eine Aufgabe für die Wirtschaftspolitik?	17
Literaturverzeichnis	19
Abbildungsverzeichnis.....	20

JEL-Klassifikation

E3 – Preise, Konjunkturschwankungen und -zyklen

E6 – Wirtschaftspolitik; makroökonomische Aspekte öffentlicher Finanzen und allgemeine Perspektive

Stichwörter: Inflation, Erzeugerpreise, Konjunktur

Zusammenfassung

Vielfältige Lieferstörungen und Produktionsprobleme führen in vielen Volkswirtschaften zu ungewöhnlich hohen Preisanstiegen. Zuletzt lagen die Verbraucherpreise in Deutschland um fast 8 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die russische Invasion in der Ukraine sorgt für zusätzliche Kostenschocks bei den Unternehmen – vor allem für eine erhebliche Verteuerung von Energie und Rohstoffen. Im Vorjahresvergleich stiegen die Erzeugerpreise in Deutschland zuletzt um 33,5 Prozent an – der höchste Anstieg seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949. Damit werden die Preiseffekte früherer Kostenschocks Mitte der 1970er, Anfang der 1980er Jahre sowie unmittelbar vor der globalen Finanzmarktkrise bei Weitem übertroffen. Unternehmensbefragungen des Instituts der deutschen Wirtschaft liefern eine empirische Grundlage dafür, welche Determinanten die Erzeugerpreise in Deutschland derzeit bestimmen. Bis zum Jahresende 2022 erwarten über 90 Prozent der befragten Firmen starke und mittlere Effekte von verteuerten Energie- und Rohstoffkosten auf ihre eigenen Preise. Die Unternehmen befürchten mittelfristig höhere Erzeugerpreise infolge steigender Arbeitskosten. Für über 80 Prozent der befragten Firmen gilt dies in starkem und mittlerem Ausmaß. Insgesamt zeigt die Befragung, dass in erster Linie angebotsseitige Bestimmungsfaktoren die Entwicklung der Erzeugerpreise am aktuellen Rand sowie bis zum Jahresende 2022 erklären. Der Vergleich mit der Vorjahresbefragung macht deutlich, dass die angebots- oder kostenseitigen Erklärungsfaktoren an Bedeutung gewonnen haben. Der nachfragebedingte Preisdruck hat dagegen deutlich nachgelassen, was die durch den Krieg in der Ukraine ausgelöste abgeschwächte Weltwirtschaft widerspiegelt. Darauf aufsetzend liefern die IW-Umfragen von 2021 und 2022 eine Orientierung dazu, ob und in welchem Ausmaß die Unternehmen die höheren Produktionskosten an ihre Kunden weiterreichen können. Derzeit können 12 Prozent der Unternehmen die höheren Produktionskosten in einem hohen Ausmaß und 46 Prozent im mittleren Ausmaß an ihre Kunden überwälzen. Im Vergleich mit der Lage im Frühsommer 2021 haben sich Preisspielräume aus Sicht der Unternehmen erweitert, was in erster Linie vor dem Hintergrund der erheblich schlechteren Kostensituation – vor allem infolge der höheren Energiekosten – gesehen werden muss.

1 Einordnung in den historischen Kontext

Im Gefolge vielfältiger Lieferstörungen und Produktionsprobleme kommt es in vielen Volkswirtschaften zu ungewöhnlich hohen Preisanstiegen. Im Euroraum lag die mit dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex gemessene Inflationsrate im April 2022 bei 7,4 Prozent und in Deutschland wurde mit 7,8 Prozent auf Monatsbasis die höchste Teuerungsrate seit Anfang der 1990er Jahre gemessen. Auch in den USA sind hohe Preisanstiege auf der Konsumebene zu verzeichnen, die Inflationsrate lag im April bei 8,3 Prozent. Zum einen reflektieren die ursächlichen Produktions- und Kostenschocks die Aus- und Nachwirkungen der Corona-Pandemie. Zum anderen hat die russische Invasion in der Ukraine für zusätzliche Belastungen – vor allem für eine erhebliche Verteuerung von Energie und Rohstoffen – gesorgt (Grömling/Bardt, 2022). Abbildung 1-1 zeigt in diesem Kontext die Entwicklung der Importpreise, der Erzeugerpreise für gewerbliche Produkt sowie der Verbraucherpreise in Deutschland seit dem Beginn der Corona-Pandemie. Der untere Teil von Abbildung 1-1 zeigt (kompatibel zum Indexverlauf im oberen Teil) die monatlichen Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat.

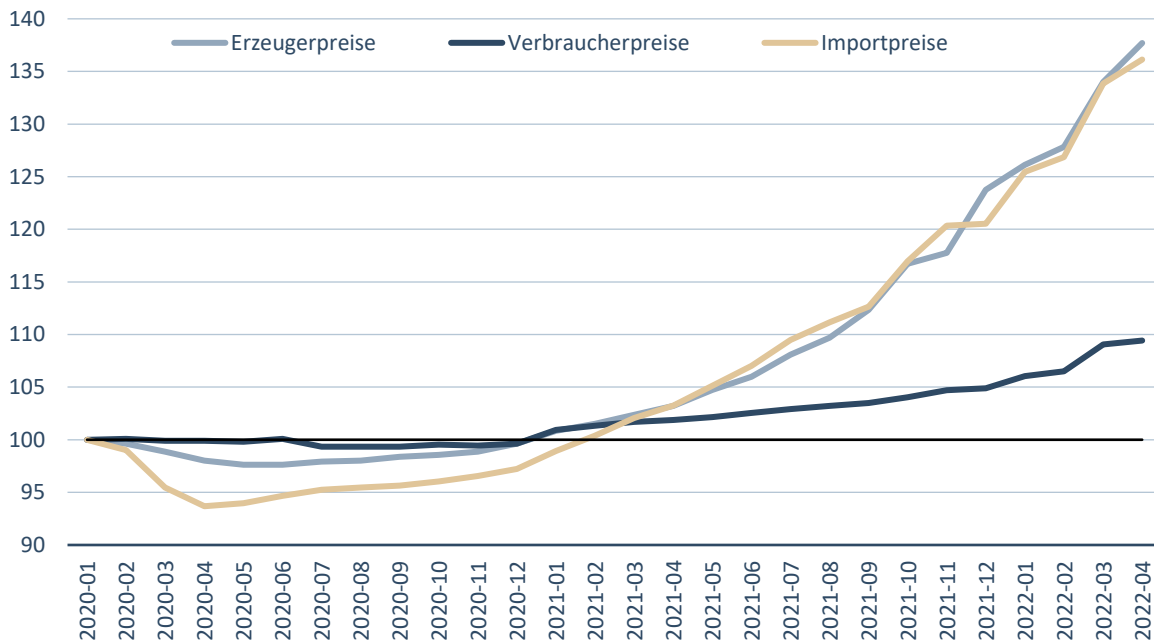
Zunächst kam es aufgrund der Corona-Pandemie zu erheblichen Einbrüchen beim Welthandel, was sich in rückläufigen Außenhandelspreisen deutlich niedergeschlagen hat. Im Frühjahr 2020 belief sich der Rückgang der deutschen **Importpreise** gegenüber dem Vorjahr auf über 7 Prozent. Vom Tiefpunkt im April 2020 ausgehend setzte eine moderate Erholung der Importpreise ein und ab dem Jahresanfang 2021 kam es dann zu einem mehr oder weniger ungebremsten Anstieg. Im Frühjahr 2022 lagen die Importpreise schließlich um 36 Prozent über dem Vorkrisenniveau sowie um knapp 32 Prozent über dem Vorjahr. Vor allem die importierten Energierohstoffe sowie andere Rohstoffe erklären diesen Preisauftrieb.

Mit Blick auf den Gesamtzeitraum von Anfang 2020 bis zum aktuellen Rand weisen die Importpreise und die **Erzeugerpreise** eine nahezu identische Entwicklung auf. Beim Erzeugerpreisindex werden die Preise von Gütern des Verarbeitenden Gewerbes, Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie der Energie- und Wasserversorgung berücksichtigt. Diese Güter werden von inländischen Unternehmen hergestellt und im Inland verkauft. Abbildung 1-1 zeigt, dass bei den Erzeugerpreisen der Rückgang zu Beginn der Corona-Pandemie mit rund 2 Prozent weniger stark ausfiel als bei den Importpreisen. Seit dem Jahresbeginn 2021 ist jedoch eine parallele Dynamik zu den Importpreisen zu beobachten und die Erzeugerpreise lagen im April 2022 um 38 Prozent über dem Vorkrisenniveau. Im Vorjahresvergleich wurde zuletzt ein Anstieg in Höhe von 33,5 Prozent verzeichnet. Das entspricht auf Basis von Monatswerten dem höchsten Anstieg seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949. Die Analyse von Fritsch/Schröder (2022) zeigt, dass dieser Preisanstieg vorwiegend durch die Verteuerung von Vorleistungen – insbesondere bei Energierohstoffen, aber auch bei Holz, Eisen und Stahl – getrieben wird. Dazu kommen noch die erheblich verteuerten Logistik-Dienstleistungen.

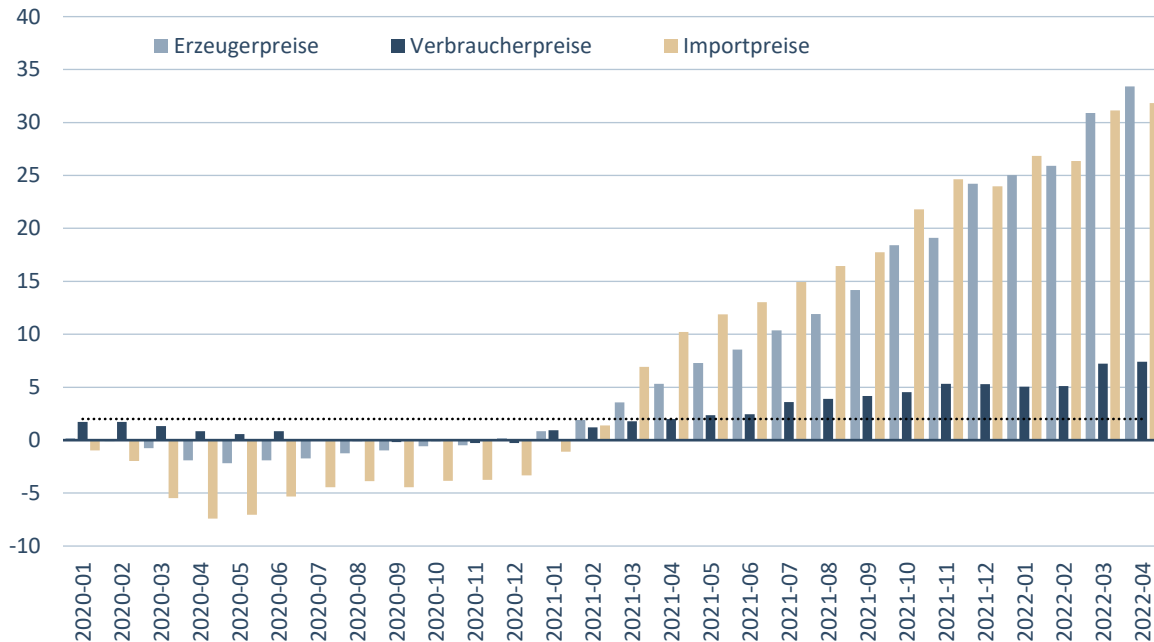
Im ersten Corona-Jahr 2020 hatten sich die **Verbraucherpreise** in Deutschland zunächst von den starken Bewegungen bei den Einfuhr- und Erzeugerpreisen entkoppelt. Die Verbraucherpreise stiegen im Gegensatz zu den Import- und Erzeugerpreisen leicht an. Während Einfuhr- und Produzentenpreise in der zweiten Jahreshälfte 2020 bereits wieder anzogen, führte die Absenkung des Mehrwertsteuersatzes von 19 Prozent auf 16 Prozent im Rahmen der Stabilisierungspolitik vorerst zu einem leichten Preisniveaurückgang auf der Konsumebene.

Abbildung 1-1: Aktuelle Preisentwicklung in Deutschland

Preisindizes mit Basis Januar 2020 = 100



Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent



Quellen: Deutsche Bundesbank; Institut der deutschen Wirtschaft

Mit dem Jahreswechsel 2020/2021 setzte dann auch bei den Verbraucherpreisen ein anhaltender Anstieg ein. Dieser reflektierte zunächst die Rückkehr zum alten Mehrwertsteuersatz sowie höhere Energiesteuern. Die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes zum Jahresanfang 2021 ist beim Preisindex (oberer Teil von Abbildung 1-1) sofort sichtbar, in den Inflationsraten (unterer Teil von Abbildung 1-1) erst ab Juni 2021. Dazu kommen dann zeitversetzt auch die Kosteneffekte infolge der Pandemie und der daraus folgenden globalen

Logistik- und Produktionsprobleme (Bardt et al., 2021). Außerdem schlagen sich die stark ansteigenden Energiepreise in einem hohen Ausmaß auch in den Verbraucherpreisen nieder. Zuletzt lagen die Verbraucherpreise in Deutschland um 9 Prozent über dem Vorkrisenniveau. Die Inflationsrate gemessen am nationalen Verbraucherpreisindex (Veränderung gegenüber Vorjahr) lag im Frühjahr 2022 zwischen 7 und 8 Prozent.

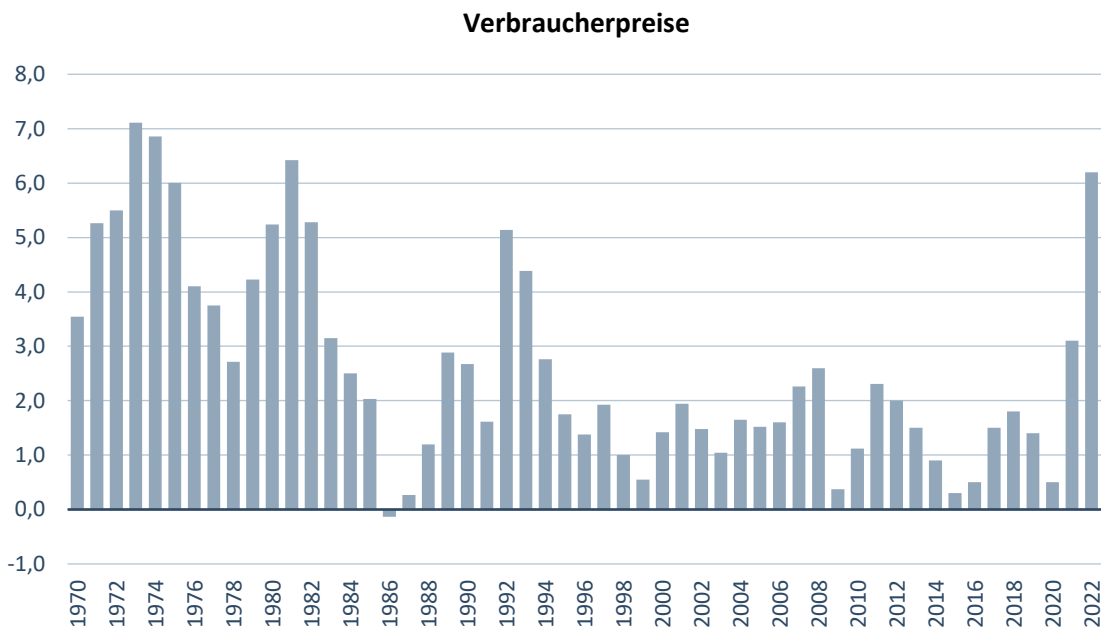
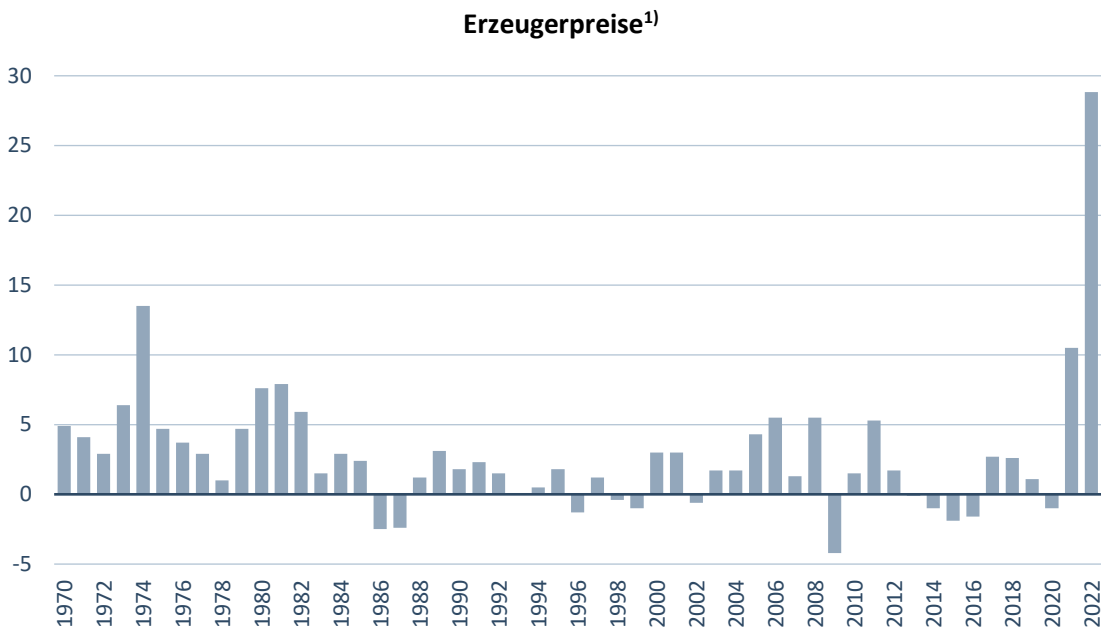
Diese hohen Teuerungsraten in Deutschland werden im Folgenden kurz in den historischen Kontext eingeordnet (Abbildung 1-2). Dazu wird die jahresdurchschnittliche Preisveränderung seit Anfang der 1970er Jahre betrachtet. Die Werte bis zum Jahr 1990 beziehen sich auf Westdeutschland, danach auf Deutschland. Für das Jahr 2022 wird der Durchschnitt der Monate Januar bis April ausgewiesen.

Die Erzeugerpreise lagen in den ersten vier Monaten des Jahres 2022 um fast 29 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Im Vergleich mit den jahresdurchschnittlichen Veränderungsdaten seit 1970 markiert dies mit weitem Abstand einen Rekord. Dabei muss gleichwohl beachtet werden, dass die Veränderungsrate für das gesamte Jahr 2022 noch von diesem Niveau abweichen kann. Würde der Erzeugerpreisindex ab Mai 2022 bis zum Jahresende 2022 nicht weiter ansteigen, sondern konstant auf dem letzten Niveau verharren, dann läge der jahresdurchschnittliche Anstieg bei 24,5 Prozent. Auf Basis der Mai-Ausgabe von Consensus Forecasts wird für das Jahr 2022 ein Anstieg der Erzeugerpreise in Höhe von fast 22 Prozent erwartet. Die Spannweite dieser Prognosesammlung liegt zwischen 12,5 und fast 30 Prozent. Jedenfalls wird das Jahr 2022 voraussichtlich den höchsten Anstieg der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte in den vergangenen fünf Dekaden verzeichnen – und die Kostenschocks Mitte der 1970er, Anfang der 1980er Jahre sowie unmittelbar vor der globalen Finanzmarktkrise bei Weitem übertreffen.

Abbildung 1-2 ordnet auch den Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland im Durchschnitt der ersten vier Monate dieses Jahres in den historischen Kontext ein. Im Durchschnitt der Monate Januar bis April 2022 lagen die Konsumpreise (gemessen am nationalen Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamts) um 6,2 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Prognosen für Deutschland, die in der Mai-Ausgabe von Consensus Forecasts berücksichtigt werden, weisen für das Gesamtjahr 2022 eine Inflationsrate von 6,6 Prozent aus. Die Streuweite lag dabei zwischen knapp 6 bis 8 Prozent. Im Gegensatz zu den Erzeugerpreisen hat die in Abbildung 1-2 dargestellte Veränderungsrate bei den Verbraucherpreisen für die ersten vier Monate 2022 bislang nicht die bisherigen Rekordwerte früherer Angebots- und Kostenschocks von gut 7 Prozent (auf Jahresbasis) übertroffen. Die jüngsten Monatswerte liegen gleichwohl deutlich darüber. Wie bei den Erzeugerpreisen reagieren die Verbraucherpreise insgesamt stark auf Energiepreisschocks. Das wird sichtbar im Gefolge der Ölpreisschocks Mitte der 1970er und Anfang der 1980er Jahre. Auch nach der Jahrtausendwende sowie nochmals ab dem Jahr 2005 war ein merklicher Teil der damaligen Teuerung auf die stark angezogenen Energiepreise zurückzuführen. Die in der Größenordnung von rund 2 Prozent liegenden Inflationsraten in den Jahren 2011 und 2012 reflektieren ebenfalls die wieder anziehenden Energiepreise nach deren starken Einbruch im Krisenjahr 2009. Insofern bilden die überdurchschnittlichen Teuerungsraten in diesen beiden Jahren nach der Finanzmarktkrise eher eine Korrektur der vormals stark gesunkenen Energiepreise und der deshalb auch sehr niedrigeren Inflationsraten ab.

Abbildung 1-2: Erzeugerpreise und Verbraucherpreise in Deutschland im historischen Kontext

Veränderung des Erzeuger- und Verbraucherpreisindex¹⁾ gegenüber Vorjahr in Prozent



1) Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz). 1970 bis 1990: Westdeutschland; ab 1991 Deutschland; 2022: Januar bis einschließlich April.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Institut der deutschen Wirtschaft

Starke Rückgänge der Energiepreise erklären zum Großteil auch die niedrigen Inflationsraten in den Jahren 2015 und 2016. Mit Blick auf die vergangenen fünf Dekaden sorgen also Energiepreisausschläge regelmäßig für entsprechende Veränderungen bei den Inflationsraten in Deutschland. Eine Ausnahme bilden die relativ hohen Inflationsraten im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Diese Inflationsphase erklärte sich zum einen aus den Nachfrageeffekten beim Konsum und den

Investitionen, zum anderen aber auch aus den damaligen Kostenschocks infolge der hohen Anstiege bei den Arbeitskosten in Ost- und Westdeutschland.

Im folgenden Beitrag wird auf Basis von Unternehmensbefragungen des Instituts der deutschen Wirtschaft eine empirische Grundlage dafür geliefert, welche Determinanten die Erzeugerpreise in Deutschland derzeit bestimmen. Diese aktuellen Ergebnisse werden mit den Bewertungen der Unternehmen vom Frühsommer 2021 verglichen, als im Rahmen der IW-Konjunkturumfrage bereits der gleiche Sachverhalt erkundet wurde (Bardt et al., 2021). Darauf aufsetzend liefern die beiden IW-Umfragen von 2021 und 2022 eine Orientierung dazu, ob und in welchem Ausmaß die Unternehmen die höheren Produktionskosten an ihre Kunden weiterreichen können. Die Untersuchung von Fritsch/Schröder (2022) verweist darauf, dass die Industrieunternehmen in Deutschland die gestiegenen Vorleistungspreise nicht vollständig überwälzen können. Die hier vorgestellten Befragungsergebnisse liefern Mikrodaten zur aktuellen Entwicklung auf der Erzeugerpreisebene in Deutschland, die über die amtliche Preismessung hinausgehen und die empirische Basis für unternehmens-, tarif- und wirtschaftspolitische Entscheidungen erweitern.

2 IW-Konjunkturumfrage als Datenbasis

Als Datengrundlage zur Bewertung der aktuellen Preisdeterminanten und der aus Sicht der Unternehmen möglichen Überwälzungsmöglichkeiten dient die IW-Konjunkturumfrage. Bereits seit 1992 befragt das Institut der deutschen Wirtschaft regelmäßig ostdeutsche Unternehmen nach ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Produktions-, Beschäftigungs-, Investitions- und Exportperspektiven. Im Jahr 2002 wurde die Befragung erstmals auf Westdeutschland ausgeweitet (ausführlich zur IW-Konjunkturumfrage siehe Grömling, 2018). Die Konjunkturumfrage, an der zwischen 2.000 und 3.000 Unternehmen teilnehmen, wird im Auftrag des IW im Frühjahr und im Herbst durch das amsa-Institut durchgeführt. Im Jahr 2021 wurde erstmals eine zusätzliche dritte Umfrage im Sommer durchgeführt. Die befragten Unternehmen decken die Industrie, das Baugewerbe und den privatwirtschaftlichen Dienstleistungssektor ab. Teile der Dienstleistungsökonomie wie das Finanzwesen und der öffentliche Sektor sind nicht enthalten. Die IW-Konjunkturumfrage wird regelmäßig durch eine Zusatzfrage ergänzt. Diese zielt auf ein aktuelles konjunkturrelevantes Sonderthema ab (für ausgewählte Beispiele siehe Grömling, 2018). Bei der Auswertung der Zusatzfrage werden in der Regel – im Gegensatz zur Konjunkturanalyse – die ungewichteten Ergebnisse herangezogen. Jedes Unternehmen geht damit unabhängig von seiner Größe in den Gesamtbefund ein. Die Ergebnisse dieser Zusatzfragen sind nicht nur wichtig, um eine empirische Orientierung hinsichtlich der ökonomischen Effekte oder der Determinanten bestimmter Ereignisse zu bekommen. Die Empirie liefert zudem wichtige Ansatzpunkte für wirtschafts- und unternehmenspolitische Maßnahmen und Strategien.

Die Werte für das Jahr 2022 wurden im Zeitraum März bis Mitte April 2022 erhoben. Aufgrund der russischen Invasion in der Ukraine wurde die Konjunkturbefragung in drei Befragungsabschnitte aufgeteilt, um eventuelle Veränderungen der Konjunktüreinschätzung in den ersten Kriegswochen feststellen zu können (siehe Grömling/Bardt, 2022). Für die Auswertung der beiden Zusatzfragen zur Preisentwicklung werden die Werte für den gesamten Befragungszeitraum herangezogen. Damit stehen insgesamt rund 2.800 Unternehmensmeldungen zur Verfügung, die sich auf diese Zusatzfragen beziehen. Diese letztjährige Befragung fand im Juni 2021 statt. An den Fragen zur Preisentwicklung haben sich damals rund 2.000 Unternehmen beteiligt.

3 Determinanten der aktuellen Preisentwicklung

Zur Analyse der Determinanten der aktuellen Preisentwicklung auf der Unternehmensebene im Frühjahr 2022 wurden den Unternehmen zehn Erklärungsmöglichkeiten vorgegeben. Diese entsprechen auch den Determinanten, die der Befragung im Jahr 2021 zugrunde lagen. Diese Bestimmungsfaktoren konnten dahingehend bewertet werden, ob sie einen starken, mittleren, geringen oder gar keinen Effekt auf die Preisentwicklung der eigenen Waren oder Dienstleistungen haben. Die Unternehmen wurden zusätzlich danach befragt, wie sie aus ihrer Sicht die kurz- und mittelfristige Wirksamkeit einschätzen. Dabei bezieht sich in beiden Befragungen der kurzfristige Zeitraum auf die kommenden drei Monate. Die mittelfristige Perspektive erfasst in beiden Befragungen die Effekte bis zum Jahresende 2022.

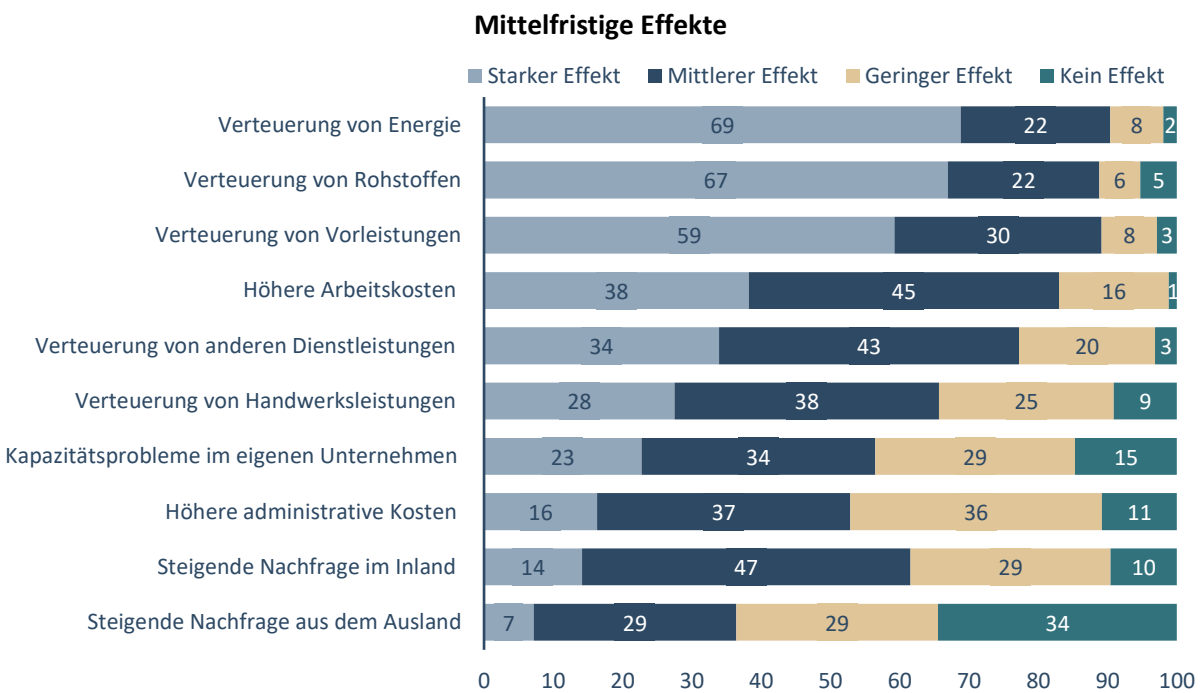
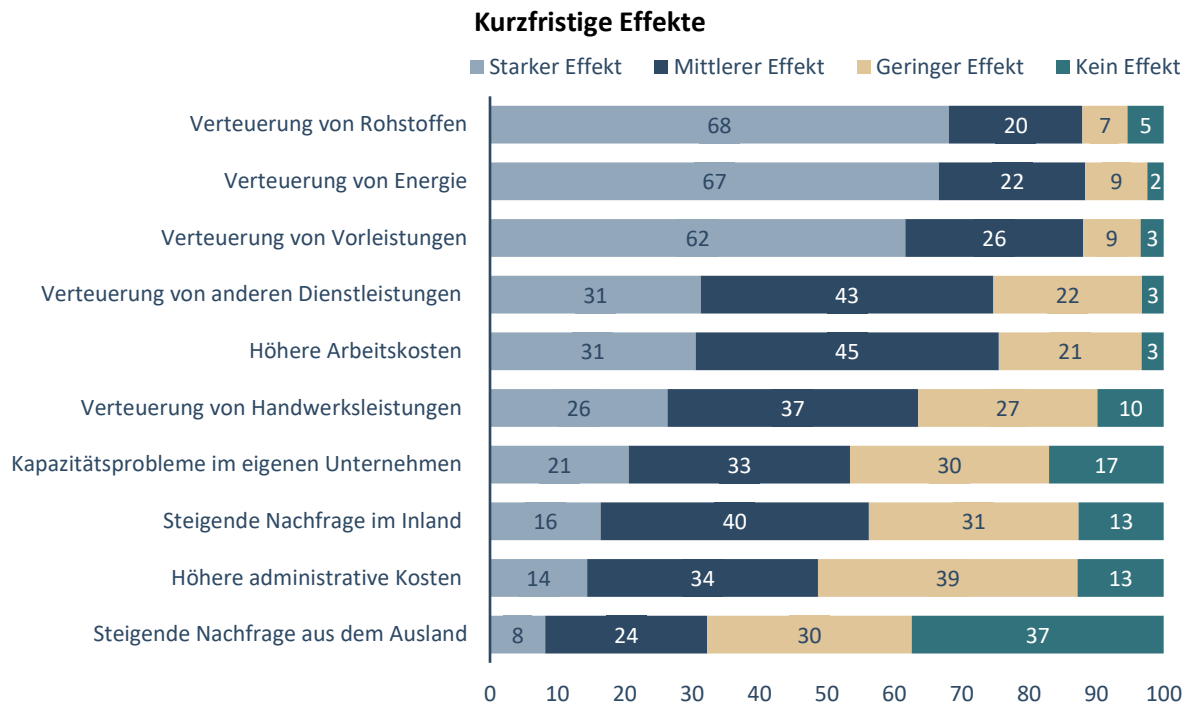
In Abbildung 3-1 werden die kurzfristigen und mittelfristigen Preisdeterminanten auf der Unternehmensebene dargestellt. Mit Blick auf den oberen Teil der Abbildung zeigt sich eine weite Spanne bei der Bewertung der kurzfristigen Einflussgrößen der Erzeugerpreise. Die Verteuerung von Rohstoffen und Energie bedeutet für fast 90 Prozent der befragten Unternehmen einen starken sowie mittleren Effekt auf ihre kurzfristige Kosten- und Preisentwicklung. Davon gaben gut zwei Drittel eine starke Auswirkung an. Nur gut ein Zehntel sieht sich von diesen Kostenschöcks nur in einem geringen oder keinem Ausmaß beeinträchtigt. Höhere Preise für Vorleistungen (unternehmensexterne Vorprodukte zur Weiterverarbeitung im eigenen Betrieb) haben ebenfalls für neun von zehn Unternehmen am aktuellen Rand einen starken oder einen mittleren Effekt auf die eigenen Preise – davon für mehr als 60 Prozent einen starken Einfluss. Mit deutlichem Abstand – zumindest beim Blick auf den Anteil der Firmen mit starken Effekten – folgen weitere angebotsseitige Determinanten. Die Verteuerung von Dienstleistungen (wie etwa Logistik- und Beratungsleistungen) und höhere Arbeitskosten führen am aktuellen Rand bei knapp einem Drittel der befragten Unternehmen zu starken Kosten- und Preiseffekten. Dazu kommen über 40 Prozent der Firmen, die dies als einen mittleren Effekt bewerten. Auch teurere Handwerksleistungen sowie Kapazitätsprobleme im eigenen Betrieb (etwa infolge pandemiebedingter Produktionseinschränkungen) sorgen in mehr als der Hälfte der Betriebe für einen starken und mittleren Preisauftrieb. Höhere administrative Kosten – hier können beispielsweise höhere Gebühren für staatliche Leistungen oder indirekte Kosten infolge von (zusätzlichen) Regulierungen angeführt werden – üben derzeit nur einen moderaten Einfluss aus.

Der Preisdruck, der von der Nachfrageseite auf die Unternehmen einwirkt, ist im Vergleich mit den angebotsseitigen Faktoren erheblich schwächer ausgeprägt. Gleichwohl spricht gut die Hälfte der Unternehmen von starken und mittleren Auswirkungen einer steigenden Nachfrage aus dem Inland auf die eigenen Preise – 16 Prozent bezeichnen diese Effekte als stark. Eine steigende Auslandsnachfrage führt in 8 Prozent der Firmen zu starken Preiseffekten und in weiteren 24 Prozent im mittleren Ausmaß zu höheren Preisen.

Wie der untere Teil von Abbildung 3-1 zeigt, dominieren auch mittelfristig die angebotsseitigen Determinanten. Bis zum Jahresende 2022 erwarten über 90 Prozent der befragten Firmen starke und mittlere Effekte von verteuerten Energie- und Rohstoffkosten auf ihre eigenen Preise. Auch mit Blick auf andere Vorleistungen wird mittelfristig keine merkliche Entspannung erwartet – es fand lediglich eine leichte Umschichtung von starken hin zu mittleren Effekten statt. Eine merklich höhere Bedeutung bekommen mittelfristig die Arbeitskosten. Während der Anteil der Betriebe, die von mittleren Belastungen ausgehen, mit 45 Prozent gleichbleibt, steigt der Anteil mit starken Effekten höherer Arbeitskosten auf die eigenen Preise deutlich von 31 Prozent (kurzfristig) auf 38 Prozent (mittelfristig) an. Das spiegelt die Befürchtung wider, dass die höheren Verbraucherpreise in den anstehenden Tarifverhandlungen zu höheren Arbeitskosten führen können.

Abbildung 3-1: Ursachen für Preisveränderungen in den Unternehmen in Deutschland

Anteil der Unternehmen nach Grad der Betroffenheit und Dauer in Prozent



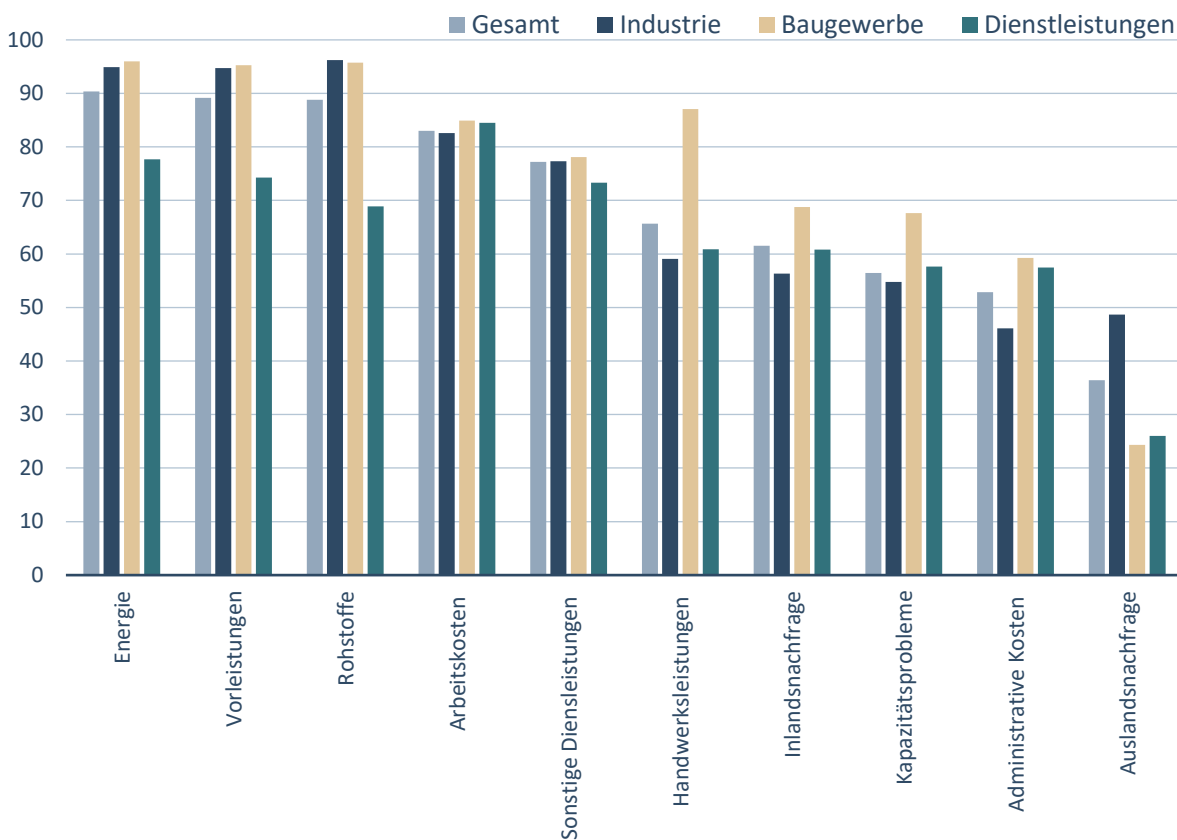
Zusatzfrage im Rahmen der IW-Konjunkturumfrage vom März/April 2022 unter 2.999 Unternehmen. Ungewichtete Angaben. Kurzfristig: Mai bis Juli 2022. Mittelfristig: bis Ende 2022.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Mit Blick auf die beiden nachfrageseitigen Argumente werden die mittelfristigen Preiseffekte etwas höher eingeschätzt. Das gilt insbesondere mit Blick auf die Inlandsnachfrage, wo offensichtlich mit Blick auf das Ende der Coronabedingten Einschränkungen deutliche Nachholeffekte erwartet werden. Das führt allerdings in erster Linie nicht zu starken, sondern vielmehr zu mittleren Effekten bei den eigenen Preisen. Ähnliches gilt in abgeschwächter Form für die Auslandsnachfrage. Damit weisen die Umfrageergebnisse deutlich darauf hin, dass es in erster Linie angebotsseitige Bestimmungsfaktoren sind, welche sowohl die Preisentwicklung am aktuellen Rand als auch bis zum Jahresende 2022 erklären können.

Abbildung 3-2: Ursachen für Preisveränderungen nach Branchen

Anteil der Unternehmen mit starken/mittleren Auswirkungen mittelfristig in Prozent



Zusatzfrage im Rahmen der IW-Konjunkturumfrage vom März/April 2022 unter 2.999 Unternehmen. Ungewichtete Angaben. Mittelfristig: bis Ende 2022. Rest zu 100: geringe und keine Effekte.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Die Anpassungslasten, die nach wie vor mit der Pandemie einhergehen und die mit dem Krieg in der Ukraine zum Teil erheblich verschärft werden, treffen die Volkswirtschaft in ihrer vollen Breite. In einer arbeitsteiligen Gesellschaft bestehen neben den unmittelbaren Effekten bestimmter Ereignisse oder Schocks auch eine Reihe von indirekt wirksamen Transmissionskanälen zwischen den Branchen. Gleichwohl gibt es mit Blick auf die im Rahmen der IW-Umfrage vorgegebenen Determinanten für die Erzeugerpreiseentwicklung auch erkennbare Unterschiede in den Branchenbewertungen. Abbildung 3-2 zeigt dazu den Anteil der Firmen, die mittelfristig starke oder mittlere Auswirkungen dieser Determinanten auf ihre eigene Preisentwicklung erwarten. Es werden hier ausschließlich die mittelfristigen Effekte betrachtet. Zum einen kann dies damit begründet werden, dass diese für unternehmens- und wirtschaftspolitische Maßnahmen eher relevant sind.

Zum anderen wurde mit Abbildung 3-1 darauf hingewiesen, dass sich hinsichtlich der bedeutsamen Erklärungsfaktoren die kurz- und mittelfristige Einschätzung nicht wesentlich unterscheidet.

Bei den wichtigen Preistreibern – Energie-, Rohstoff- und Vorleistungskosten – gibt es keinen Unterschied zwischen den Industrie- und Bauunternehmen. Der Anteil der in starkem und mittlerem Ausmaß belasteten Unternehmen liegt in diesen beiden Wirtschaftssektoren bei rund 95 Prozent aller Firmen der jeweiligen Branchen. Höhere Energiekosten führen aber auch in fast 80 Prozent der im Rahmen der IW-Umfrage berücksichtigten Dienstleistungsunternehmen zu starken und mittleren Preiseffekten. Über alle Branchen gleich ist der von den Unternehmen mittelfristig erwartete Preisauftrieb infolge höherer Arbeitskosten. In starkem und mittlerem Ausmaß erwarten dies mehr als vier von fünf Firmen in der Breite der Volkswirtschaft. Bei den Bauunternehmen schlagen sich zudem teurere Handwerksleistungen, die Inlandsnachfrage sowie die Kapazitätsengpässe im eigenen Unternehmen – in der Regel aufgrund fehlender Fachkräfte – in höheren Erzeugerpreisen nieder. Aufgrund ihres im Vergleich mit den anderen Branchen höheren Auslandsengagements wirkt eine höhere Auslandsnachfrage in der Industrie preistreibend. Es gilt insgesamt branchenübergreifend, dass vorwiegend angebotsseitige Argumente die Preisentwicklung bestimmen.

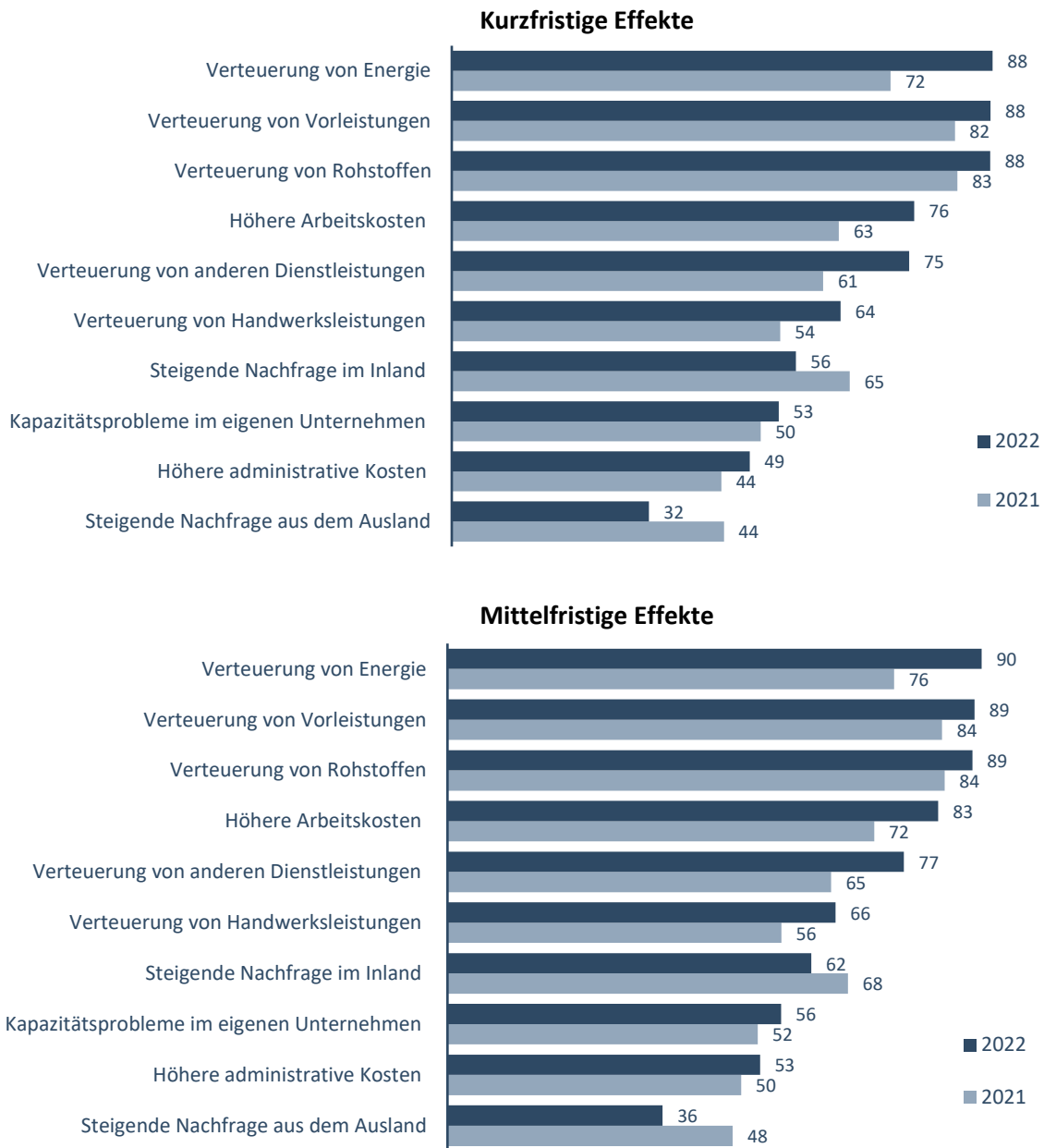
4 Preistrends im Zeitvergleich

Stark ansteigende Erzeugerpreise haben bereits die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Jahr 2021 begleitet und die Gefahr einer Stagflation zu einem zentralen wirtschaftspolitischen Thema gemacht (Demary/Hüther, 2022). Aus diesem Grund wurde die Preisentwicklung auf der Unternehmensebene im Frühsommer 2021 mit Hilfe der IW-Konjunkturumfrage analysiert (siehe Bardt et al., 2021). Bei der aktuell vorgenommenen Befragung wurden den Unternehmen die gleichen Fragen nochmals gestellt. Damit ist ein direkter Vergleich der Preisdeterminanten vor einem Jahr und im laufenden Jahr möglich. Abbildung 4-1 zeigt sowohl für den kurz- als auch den mittelfristigen Betrachtungshorizont, wie die Unternehmen die vorgegebenen Erklärungsfaktoren bewertet haben. Der kurzfristige Blick richtet sich dabei auf die folgenden drei Monate der Befragung. Mittelfristig wurde sowohl bei der Befragung im Frühsommer 2021 als auch bei der aktuellen Befragung im Frühjahr 2022 das Jahresende 2022 vorgegeben. Wie in Abbildung 3-2 wird auch hier nur der Anteil der Unternehmen dargestellt, die von starken und mittleren Effekten sprechen. Dies lässt sich wiederum damit begründen, dass bei der folgenden Analyse der Preisüberwälzungsspielräume ebenfalls nur auf diese Teilgruppe abgestellt wird.

Der Vergleich beider Befragungsergebnisse macht deutlich, dass die angebots- oder kostenseitigen Erklärungsfaktoren für die Entwicklung der Erzeugerpreise an Bedeutung gewonnen haben. Auch bei der Befragung im vergangenen Jahr hatte die Verteuerung von Rohstoffen und Vorleistungen bereits eine sehr hohe Relevanz für den Preisdruck. Diese Effekte haben infolge der anhaltenden Zulieferprobleme zugelegt. Das gilt insbesondere für Energierohstoffe. Sahen darin vor einem Jahr rund drei Viertel der Unternehmen einen starken/mittleren Effekt auf ihre eigenen Preise, so sind es derzeit neun von zehn Unternehmen. Eine erhebliche Verschärfung entstand bei den Unternehmen binnen Jahresfrist durch die höheren Kosten für Dienstleistungen (etwa im Bereich Logistik) sowie perspektivisch durch höhere Arbeitskosten. Der nachfragebedingte Preisdruck hat dagegen deutlich nachgelassen. Dies dürfte in erster Linie die stark beeinträchtigten Konjunkturerwartungen infolge des Krieges in der Ukraine und die dadurch ausgelöste Abschwächung der Weltwirtschaft widerspiegeln (Bardt et al., 2022).

Abbildung 4-1: Preisdeterminanten im Zeitvergleich

Anteil der Unternehmen mit starken/mittleren Auswirkungen in Prozent



Zusatzfrage im Rahmen der IW-Konjunkturumfrage vom März/April 2022 unter 2.999 Unternehmen und im Juni 2021 unter 2.041 Unternehmen. Ungewichtete Angaben. Kurzfristig: Mai bis Juli 2022 (April bis Juni 2021). Mittelfristig: jeweils bis Ende 2022. Rest zu 100: geringe und keine Effekte.

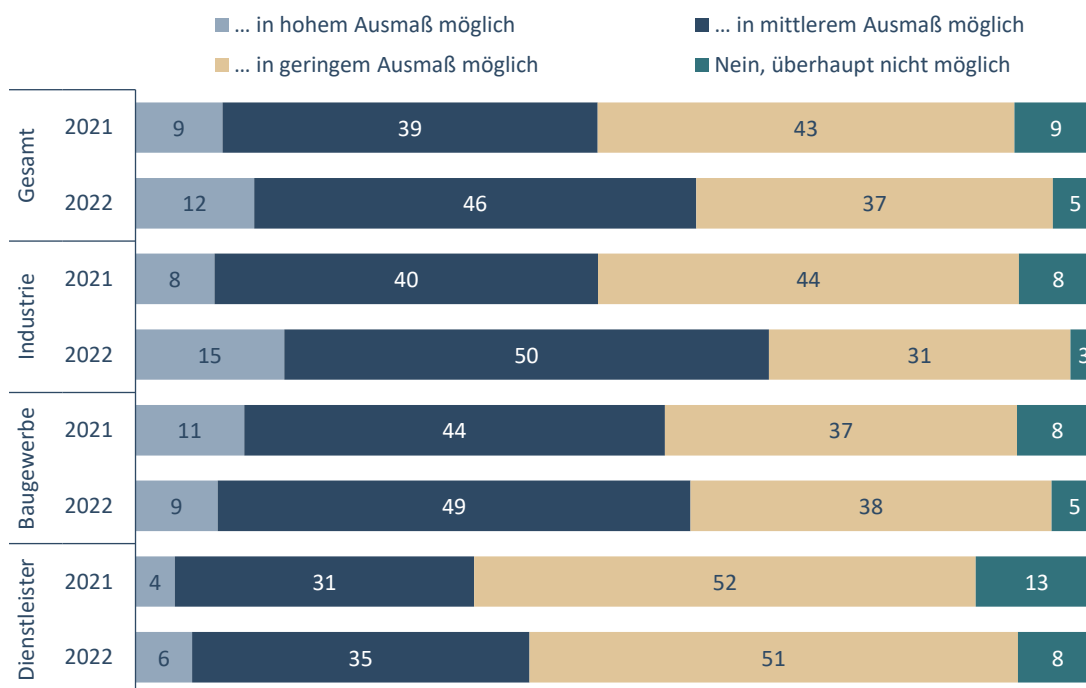
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

5 Einschätzung der Preisüberwälzungsspielräume

Die Analyse der Erzeugerpreisentwicklung von Fritsch/Schröder (2022) zeigt, dass die Industrieunternehmen in Deutschland die höheren Vorleistungspreise nicht im vollen Umfang an ihre Kunden weitergeben können. Die vorliegende IW-Befragung kann dieses Ergebnis für die Industrie, die Bauwirtschaft sowie die privatwirtschaftlichen Dienstleistungsunternehmen untermauern. Bereits auf Basis der IW-Konjunkturumfrage vom Frühsommer 2021 wurde ermittelt, ob es die konkreten Marktbedingungen zulassen, höhere Produktionskosten infolge knapper gewordener Vorleistungen, teurerer Rohstoffe und höherer Energiepreise ganz oder teilweise an die jeweiligen Kunden (andere Unternehmen als Vorleistungskäufer oder Endverbraucher) weiterzureichen (Bardt et al., 2021). Wie bei der Befragung im vorigen Jahr wurden dazu nur diejenigen Unternehmen angesprochen, die starke oder mittlere Preiseffekte infolge der im vorherigen Abschnitt thematisierten Einflussgrößen erfahren. Bezüglich des Ausmaßes der Preisweitergabe standen den befragten Unternehmen vier Bewertungskategorien zur Verfügung: Preisüberwälzung in hohem, mittlerem und geringem Ausmaß möglich sowie Preisweitergabe überhaupt nicht möglich (Abbildung 5-1).

Abbildung 5-1: Preisüberwälzungsspielräume der Unternehmen in Deutschland

Anteil der Unternehmen (die starke und mittlere Preiseffekte erfahren) nach dem Grad der Preisüberwälzungsspielräume in Prozent



Zusatzfrage im Rahmen der IW-Konjunkturumfrage vom Juni 2021 unter 2.041 Unternehmen und vom März/April 2022 unter 2.999 Unternehmen. Ungewichtete Angaben.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Derzeit können gemäß der aktuellen IW-Erhebung fast 60 Prozent der Unternehmen die höheren Produktionskosten in einem hohen Ausmaß (12 Prozent) oder mittleren Ausmaß (46 Prozent) an ihre Kunden überwälzen. Weitere 37 Prozent haben zumindest geringe Spielräume zur Kostenweitergabe. Im Vergleich mit der Lage im Frühsommer 2021 haben sich diese Möglichkeiten aus Sicht der Unternehmen erweitert. Der

Anteil der Firmen, die in starkem und mittlerem Ausmaß Preisspielräume in Anspruch nehmen können, liegt am aktuellen Rand um 10 Prozentpunkte höher als vor einem Jahr. Dies muss in erster Linie vor dem Hintergrund der erheblich schlechteren Kostensituation – vor allem infolge der höheren Energiekosten – gesehen werden. Im vorhergehenden Abschnitt wurde dargestellt, dass vor allem die angebotsseitigen Preistreiber deutlich an Bedeutung gewonnen haben.

Derzeit haben die **Industrieunternehmen** größere Preisüberwälzungsmöglichkeiten. Das gilt zum einen mit Blick auf die anderen Branchen und zum anderen im Vergleich mit dem Frühsommer 2021 (Abbildung 5-1). 15 Prozent der Industriefirmen können in hohem Ausmaß die gestiegenen Kosten weiterreichen, die Hälfte in einem mittleren Ausmaß. Entsprechend ist das Gewicht der Firmen mit geringen oder überhaupt keinen Preisspielräumen deutlich von mehr als der Hälfte auf gut ein Drittel gesunken.

Die Kostenüberwälzungsmöglichkeiten der **Bauwirtschaft** haben sich binnen Jahresfrist nur moderat verändert. Bei der Befragung im Frühsommer 2021 hatte die Baubranche im Vergleich mit den anderen beiden Wirtschaftsbereichen die größten Spielräume. Derzeit können knapp ein Zehntel die Kosten in hohem Umfang und fast die Hälfte der Firmen in einem mittleren Ausmaß weiterreichen. Die bereits in der Untersuchung von Bardt et al. (2021) angeführte Begründung – die seit Jahren und trotz der Corona-Pandemie anhaltend hohe Baunachfrage und die ebenfalls schon seit geraumer Zeit bestehenden Kapazitätsbeschränkungen durch fehlende Fachkräfte – dürfte auch am aktuellen Rand zutreffend sein.

Die Preiserhöhungsspielräume der **Dienstleistungsfirmen** haben sich im Zeitverlauf leicht erhöht. Insgesamt fallen die Möglichkeiten aber merklich moderater aus als in der Industrie oder im Baugewerbe. Dies reflektiert das geringere Ausmaß an Kostendruck in der Servicebranche, der sich wiederum aus der geringeren Energie- und Rohstoffintensität (im Vergleich zur Industrie und Bauwirtschaft) ergibt. Für gut die Hälfte der Dienstleister ist eine Kostenweitergabe im geringen Ausmaß machbar. Das entspricht in etwa dem Vorjahreswert. Während der Anteil der Servicefirmen mit mittleren Überwälzungspotenzial leicht anstieg, ging der Anteil der Betriebe mit keinerlei Preisspielraum entsprechend zurück. Des Weiteren kann auch die Unternehmensstruktur diese Handlungsoptionen bestimmen. Die IW-Befragung zeigt, dass in den großen Unternehmen (mit mehr als 500 Mitarbeitern) die Überwälzungsmöglichkeiten merklich besser sind als in den Kleinunternehmen (mit weniger als 10 Beschäftigten). Kleine Unternehmen sind eher im Dienstleistungs- als im Industriebereich zu finden. Generell dürfte in den Kleinbetrieben ein Preisüberwälzungsspielraum weniger umfangreich in Anspruch genommen werden, weil in einem engen regionalen Raum mit oftmals persönlich geprägter Kundenbindung agiert wird. Dieser Befund war auch in der Befragung vom Frühsommer 2021 zu erkennen (Bardt et al., 2021).

6 Eine Aufgabe für die Wirtschaftspolitik?

Hohe Rohstoffpreise, Engpässe bei Zulieferungen und andere kostentreibende Faktoren belasten deutsche Unternehmen. Bereits 2021 zeigten sich die Spannungen in den Wertschöpfungsnetzwerken deutlich, sowohl in Meldungen der Unternehmen als auch in steigenden Rohstoff-, Import- und Erzeugerpreisen (Bardt et al., 2021). Rund die Hälfte der Unternehmen ging damals davon aus, zumindest einen Teil der Preissteigerungen an die Kunden weitergeben zu können. Inzwischen haben sich auf beiden Ebenen Verschärfungen ergeben. Der erwartete Rückgang der Lieferengpässe wurde überlagert durch das Auseinanderreißen von Lieferbeziehungen durch den Überfall Russlands auf die Ukraine. Die harte Corona-Politik Chinas mit umfassenden Lock-downs in wichtigen Industrieregionen hat ebenfalls zu neuen Lücken in der Vorleistungsproduktion und der internationalen Logistik geführt, deren Konsequenzen im Frühsommer 2022 noch nicht absehbar sind. Aber nicht nur der Druck auf Unternehmen ist größer geworden, auch die Chance der Weitergabe in höheren Preisen hat nach Auffassung der befragten Unternehmen zugenommen.

In welchem Umfang die Überwälzung der gestiegenen Kosten auf die Kunden gelingen kann, hängt von der Wettbewerbssituation auf den Märkten und den Ausweichmöglichkeiten der Marktteilnehmer ab. Wenn Kunden durch Konsumverzicht reagieren oder auf alternative Produkte umsteigen können, verbleibt kurzfristig ein höherer Teil der Kosten bei den Anbietern. Wenn die Kunden auf einen Anbieter angewiesen sind und unabhängig vom erhöhten Preis kaufen, werden sie schneller mit entsprechenden Preiserhöhungen konfrontiert sein. Auf längere Frist müssen die Verkaufspreise aber die erhöhten Produktionskosten und die Kapitalkosten finanzieren, so dass sich höhere Einkaufskosten dann auch in den Preisen – in den Erzeugerpreisen und letztlich auch in den Verbraucherpreisen – niederschlagen werden.

Die Überwälzung der gestiegenen Kosten auf die Absatzpreise kann politisch unter differenzierten Perspektiven betrachtet zu werden:

- Eine Überwälzung der Kosten auf die Preise zeigt die tatsächlichen Knappheiten innerhalb der Wertschöpfungsketten an. Ohne die Möglichkeit kostenbedingter Preissteigerungen wird die Funktion der Preise als Knappheitsindikatoren ausgehebelt. Frei bewegliche Preise sind das Kernelement einer marktwirtschaftlichen Anpassung und dezentralen Koordination. Die Mengenreduktion, die durch höhere Preise nachfrageseitig ausgelöst wird, ist notwendig, um gemeinsam mit einem zusätzlichen Angebot die bestehenden Knappheiten zu beseitigen. Die bestehenden Lieferengpässe sind aktuell vielfach kaum über eine kurzfristige Angebotsausweitung zu beheben, selbst wenn zusätzlich höhere Preise die Anreize noch weiter verstärken. Eine Nachfragebeschränkung erfolgt dann am effizientesten, wenn sie über entsprechende Preissignale koordiniert wird. Ohne die Möglichkeit der Preisüberwälzung besteht ein Nachfrageüberhang, der wenn nicht über Preise, dann über andere Anpassungsmechanismen (etwa Rationierung) abgebaut wird.
- Höhere Preise für Produktionsfaktoren treffen Weiterverarbeiter und Endverbraucher. Wenn Güter international knapp sind, sind die Unternehmen nur dann gleichmäßig betroffen, wenn sie ähnliche Konditionen wie insbesondere langfristige Preisfestlegungen vereinbart haben und wenn ähnliche Überwälzungsmöglichkeiten bestehen. Engpässe in den Lieferketten und kurzfristige Preissteigerungen treffen die einzelnen Wettbewerber jedoch in der Regel ungleichmäßig, so dass es zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen (vor allem wenn die eigene Lieferfähigkeit nicht mehr besteht) kommen kann. Sowohl die Betroffenheit, die Reaktionsfähigkeit auf der Beschaffungsseite und die Möglichkeit zur Preisüberwälzung bei konstanten Absatzmengen hängt von den individuellen Bedingungen ab. Wirtschaftspolitisch bedeutet dies, dass es unternehmerische Krisen geben kann, die als rein temporäre Phänomene staatlich

überbrückt werden können. Strukturelle Probleme sind nur dann zu erwarten, wenn tatsächlich nennenswerte Marktaustritte von eigentlich wettbewerbsfähigen Unternehmen zu erwarten wären.

- Gleichzeitig können Preisanstiege spürbare Verteilungswirkungen haben, insbesondere wenn Bevölkerungsgruppen mit unterdurchschnittlichen Einkommen überproportional belastet werden. Energie und Lebensmittel sind Basisgüter, deren Konsum nur in geringem Maße verringert wird, wenn kurzfristige Preissteigerungen auftreten. Damit kommt es zu realen Einkommensverlusten, die mit Mitteln der Sozialpolitik partiell ausgeglichen werden können. Besser als eine Manipulation des Preises, wodurch aufgrund der fehlenden Mengenreaktion das Knappheitsproblem bestehen bleibt, wären pauschale Ausgleichszahlungen an die als bedürftig identifizierten Gruppen. Klar ist aber auch, dass bei angebotsseitigen Kostensteigerungen, die durch die Engpässe in internationalen Lieferketten und Energiepreissteigerungen ausgelöst werden, ein gesamtwirtschaftlicher realer Wohlfahrtsverlust entsteht, der höchstens partiell für einzelne Bevölkerungsgruppen ausgeglichen werden kann.

Aus makroökonomischer Perspektive ist vor allem bedeutsam, dass keine inflationsverstärkenden Prozesse ausgelöst werden. Die Umfrageergebnisse zeigen, dass die Unternehmen mittelfristig höhere Erzeugerpreise infolge steigender Arbeitskosten erwarten. Für über 80 Prozent der befragten Firmen gilt dies in starkem und mittlerem Ausmaß. In Analogie zur Preis-Lohn-Preis-Spirale kann auch von einer Kosten-Preis-Lohn-Preis-Spirale gesprochen werden. Die angebotsseitigen Kostensteigerungen führen zu höheren Preisen. Wenn diese durch höhere Löhne ausgeglichen werden und diese wiederum höhere Kosten und Preise nach sich ziehen, entsteht eine Aufwärtsspirale aus steigenden Preisen und Löhnen. Diese Dynamik muss dann durch ein beherrschtes Eingreifen der Notenbank durchbrochen werden, was wiederum spürbar wachstumsdämpfende Folgen nach sich ziehen kann. Höhere Lohnkosten bei höheren Kosten von Vorprodukten würden zudem die kostenseitige Wettbewerbsfähigkeit betroffener Unternehmen weiter verschlechtern. Nur eine Lohnpolitik, die auf einen weitgehenden Ausgleich der Teuerung, die nicht zu einer Erhöhung des Verteilungsspielraums führt, sondern die Unternehmen kostenseitig ebenso trifft, verzichtet, kann diesen makroökonomischen Effekt durchbrechen und einen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit leisten.

Literaturverzeichnis

Bardt, Hubertus / Diermeier, Matthias / Grömling, Michael / Hüther, Michael / Obst, Thomas, 2021, Lieferengpässe und Preisentwicklung bei Rohstoffen und Vorleistungen. Corona Echo Effekte oder 'here to stay`?, IW-Report, Nr. 27, Köln

Bardt, Hubertus / Beznoska, Martin / Demary, Markus / Grömling, Michael / Hüther, Michael / Obst, Thomas / Pimpertz, Jochen / Schaefer, Thilo / Schäfer, Holger, 2022, Krise und Unsicherheit. IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2022, IW-Report, Nr. 26, Köln

Demary, Markus / Hüther, Michael, 2022, How Large Is the Risk of Stagflation in the Eurozone, in: Intereconomics, 57. Jg., Nr. 1, S. 34-39

Fritsch, Manuel / Schröder, Christoph, 2022, Der Einfluss von Produktionsstörungen auf die Erzeugerpreise in Deutschland, in: IW-Trends, 49. Jg., Nr. 2, S. 117-133

Grömling, Michael, 2018, Methods and Applications of the IW business survey, IW-Report, Nr. 5, Köln

Grömling, Michael / Bardt, Hubertus, 2022, Betriebliche Belastungen durch den Ukraine-Krieg, in: Wirtschaftsdienst, 102. Jg., Nr. 4, S. 283-287

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1-1: Aktuelle Preisentwicklung in Deutschland.....	6
Abbildung 1-2: Erzeugerpreise und Verbraucherpreise in Deutschland im historischen Kontext.....	8
Abbildung 3-1: Ursachen für Preisveränderungen in den Unternehmen in Deutschland	11
Abbildung 3-2: Ursachen für Preisveränderungen nach Branchen	12
Abbildung 4-1: Preisdeterminanten im Zeitvergleich	14
Abbildung 5-1: Preisüberwälzungsspielräume der Unternehmen in Deutschland	15